

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 27.04.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

## Anwesenheit:

**SPD:** Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebir, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

**CDU:** Ackermann Gottschlich, Heck, Jannasch, Kissel, Lohse, Oppermann, Pfalz, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Dr. Wulff

**GRÜNE:** Dr. Baumann, Dorn, Göttling, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

**Marburger Linke:** Darabos, Gottschaldt, Köster-Sollwedel, Metz, Schäfer

**FDP:** Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

**MBL:** Ludwig, Dr. Uchtmann

## Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel  
Bürgermeister Dr. Kahle  
Stadträtin Dr. Weinbach

## Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver  
Stadtrat Hertlein  
Stadträtin Laßmann  
Stadträtin Müller-Wickenhöfer  
Stadtrat Rehlich  
Stadtrat Reinhard  
Stadträtin Schulze-Stampe  
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek  
Stadtrat Sprywald  
Stadtrat Stötzel

## **Es fehlten entschuldigt:**

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Stadtverordnete Kaufmann (CDU), Mehnert (CDU), Dr. Pötter (CDU) und Vaupel (CDU)

**Schriftführer:** Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnete Heinz Ludwig (MBL) vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert im Namen des gesamten Hauses und überreicht einen Blumenstrauß.

---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März 2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Die CDU-Fraktion legt einen dringlichen Antrag zum Thema: Missstände in der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH vor (Vorlage Nr. VO/1321/2007).

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Fraktion der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die CDU-Fraktion beantragt die Behandlung des Antrages im üblichen Geschäftsordnungsverfahren. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Nach der Beratung über die Dringlichkeit des Antrages der CDU-Fraktion, beantragt der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) die Einberufung des Ältestenrates, um über den Wortbeitrag des Stadtverordneten Stompfe (CDU) zu beraten.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 17:28 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Nach Fortsetzung der Sitzung um 18:05 Uhr berichtet der Stadtverordnetenvorsteher aus dem Ältestenrat. Er bezieht sich auf den § 73 der Hessischen Gemeindeordnung, wo nach Personalangelegenheiten ausschließlich in die Zuständigkeit des Magistrats fallen und in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind. Das Personal steht unter einem besonderen Schutz und darf nicht Gegenstand einer öffentlichen Debatte in der Stadtverordnetensammlung sein. Aussagen zur Qualifikation des Personals oder Diskreditierungen können daher nicht geduldet werden. Der Stadtverordnetenvorsteher kündigt an, künftig stärker drauf zu achten, dass die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung beachtet und eingehalten werden.

Zur weiteren Abhandlung der Tagesordnung gibt der Stadtverordnetenvorsteher die von den Ausschüssen empfohlenen Veränderungen der Tagesordnung und die Aussprachen bekannt.

Die Stadtverordneten Dr. Baumann, Vorsitzende des Umweltausschusses, weist daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt 10.13 "Antrag der MBL-Fraktion betr. Errichtung einer Biogasanlage" noch im Umweltausschuss beraten werden sollte. Der Antrag ist nach Einladung des Ausschusses noch vorgelegt worden. Allerdings hat der Ausschuss die Vorlage nicht mehr behandelt. Die Stadtverordneten Dr. Baumann beantragt daher die Verweisung des Antrages an den Umweltausschuss. Die Antragsteller sind damit einverstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage insofern zurück.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der geänderten Fassung als genehmigt.

---

**zu 4 Fragestunde**

---

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 1 4/2007)  
Vorlage: VO/1299/2007**

**In welcher Form findet die Vergabe des Mittagstisches für die einzelnen Kindertageseinrichtungen statt? Werden Vergaberichtlinien eingehalten und wer entscheidet letztlich über den Zulieferer?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den städtischen Kindertageseinrichtungen werden drei Arten des Mittagstisches angeboten. Dies sind:

1. In den Tagesstätten erfolgt die Verpflegung über die Essenszubereitung von Koch und Köchinnen.
2. In den Kindergärten mit Mittagsversorgung wird die Verpflegung über verschiedene Anbieter geregelt. Dies sind z. B. die Firma „Apetito“, die Firma „Hofmann-Menü“, die Firma „Hansa-Menü“.  
Für die Versorgung von Kindertageseinrichtungen gibt es nur wenige

Anbieter, und hier richtet sich die Auswahl nach der Vielfalt des Angebotes, der Zubereitungsart und dem geringen Anfall von Verpackungsmüll.

Was das Angebot betrifft, so wurde die Lieferung der Firma „Apetito“ eingestellt, da sie ein zu geringes Angebot an Biokost aufweist.

3. Ebenso wird in den Kindergärten mit Mittagsversorgung die Verpflegung über regionale Anbieter in Anspruch genommen. Hierzu wird in den Tageseinrichtungen vermehrt übergegangen, weil das Angebot der Anbieter im Hinblick auf die Biokost nicht ausreichend ist.

Bei den Anlieferern werden Angebote eingeholt und mit dem jeweiligen Anbieter nach bestimmten Kriterien verhandelt.

Die Kriterien sind: Wie hoch ist das Angebot an Biokost und zu welchem Preis kann geliefert werden?

Auch hier steht die Vielfalt, die Qualität und die Auswahl an Angeboten im Vordergrund.

Die Entscheidung über die Vergabe an die einzelnen Firmen unter Berücksichtigung der Kriterien liegt beim Fachdienst Kinderbetreuung.

---

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 2 4/2007)  
Vorlage: VO/1303/2007**

**Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, damit der Heilige Grund bei schlechtem Wetter begehbar ist, als ein Weg, der durch die Verbindung zum Tannenberg zunehmend an Bedeutung gewinnt?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zunächst dürfen wir darauf hinweisen, dass mit dem in der Fragestellung genannten "Tannenberg" in Anlehnung an die frühere Tannenberg-Kaserne das Gebiet Stadtwald bzw. Hasenkopf gemeint sein dürfte.

Die Stadt Marburg hat im Rahmen seiner Aktivitäten „Wohnumfeldmaßnahmen Stadtwald“ ein Freizeitnutzungskonzept entwickelt, das die stadträumliche Verbindung der einzelnen Teile Ockershausens sowie die Aufweitung des „Heiligen Grundes“ unter Aspekten der Ökologie und Freizeitgestaltung als Ziele verfolgt.

Für die Gestaltung des „Heiligen Grundes“ wurde ein Gestaltungskonzept in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Stadtwald, „Heimat und Geschichte Ockershausen“, „Marburger Verschönerungsverein 1868 e. V.“ sowie der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf/Fachdienst Ländlicher Raum entwickelt und abgestimmt. Das Konzept wurde am 06. März 2007 dem Ortsbeirat Ockershausen präsentiert. Der Ortsbeirat hat diesem Konzept zugestimmt.

Erst durch den Erwerb verschiedener Parzellen kann der Weg durch den „Heiligen Grund“ als öffentlicher Weg jetzt genutzt werden. In der Zwischenzeit sind einige kleinere Wegebauarbeiten u. a. realisiert worden, so dass der Weg nunmehr sicherer begehbar ist.

Am Freitag, den 27. April 2007, 14.00 Uhr, wird die Maßnahme im Rahmen einer Begehung unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Franz Kahle der Öffentlichkeit

vorgestellt (siehe Anlage).

Für weitere Anregungen sind wir dankbar und bitten um entsprechende Informationen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Wölk (SPD), Dr. Wulff (CDU) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 3 4/2007)  
Vorlage: VO/1304/2007**

**Kann der Magistrat Auskunft erteilen, warum beim Sommergewinn in Eisenach das Modell der Elisabethkirche als Zeichen der Stadt Marburg im Elisabethjahr nicht teilgenommen hat?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Es waren verschiedene Vertreter Marburgs beim Eisenacher Sommergewinn (17./18. März), für den Magistrat war Bürgermeister Dr. Franz Kahle anwesend. Der Transport des Modells der Elisabethkirche erfordert einen erheblichen Aufwand. Zudem ist die mobile Präsentation mit erheblichen Problemen verbunden. Da der DBM nicht über einen speziellen Tieflader verfügt, müssten die Turmspitzen während der Stadtpräsentation unter Brücken und Oberleitungen abmontiert werden.

Wegen dieses Aufwandes bzw. Verfahrens hat sich der Fachdienst Kultur nicht für eine solche Präsentation eingesetzt, zumal der Sommergewinn in die Endphase der Vorbereitung des ersten Elisabethschwerpunktes (22.-25. März) in Marburg fiel.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

**zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 4/2007)  
Vorlage: VO/1305/2007**

**In wieweit hat der Magistrat noch Einfluss auf die Bauplanung des Bahnhofs, damit garantiert ist, dass**

- a) ein Wickelraum für Baby eingerichtet wird**
- b) Spielgeräte für Kinder, z. B. Wippfiguren aufgestellt werden?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die geplanten Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Marburg und zur Umstrukturierung des Empfangsgebäudes werden seitens der DB AG intensiv mit der Stadt Marburg abgestimmt.

Im Rahmen der vorliegenden Entwurfsplanung wurden Einzelheiten wie geeignete Materialien oder auch Ausstattungen wie das Einrichten eines Wickelraums oder die Montage von Spielgeräten noch nicht besprochen. Diese Details werden im Zuge der von der DB noch zu beauftragenden Ausführungsplanung behandelt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 5 4/2007)  
Vorlage: VO/1326/2007**

**Was geschieht nach dem Ende der Aktion "Marburger Frühling" eigentlich mit den zahllosen Frühjahrsblühern? Werden diese weiterkultiviert bzw. wiederverwendet oder ist es wirtschaftlicher, diese zu entsorgen und im Frühjahr neue zu verwenden?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Einige Blumenzwiebelarten werden zum Verwildern in die städtischen Grünanlagen gesetzt.

Andere Blumenzwiebeln werden den Schulen und Kindergärten zum Selberpflanzen zur Verfügung gestellt.

---

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 6 4/2007)  
Vorlage: VO/1327/2007**

**Falls die beim "Marburger Frühling" eingesetzten Frühjahrsblüher anschließend entsorgt statt weiterkultiviert werden: verkauft der DBM diese Pflanzen an interessierte Bürgerinnen und Bürger und falls ja: wann und wo findet der Verkauf statt?**

Frage Nr. 6 wurde bereits mit Frage Nr. 5 beantwortet.

**Um 18:26 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.**

---

**zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 7 4/2007)  
Vorlage: VO/1306/2007**

**Inwieweit wurden in den letzten Jahren die untauglichen kleinen (durchlässigen) Mülleimer bzw. Papierkörbe in der Innenstadt und an den Bushaltestellen durch größere Mülleimer ersetzt und welcher Bedarf wird in diesem Bereich in Zukunft noch gesehen?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In den letzten Jahren wurden insbesondere im Bereich der Innenstadt 43 große Papierkörbe (120 Liter Fassungsvermögen) aufgestellt. Das Investitionsvolumen dafür belief sich bei einem Stückpreis von 825 € auf insgesamt 35.475€. Darüber hinaus werden pro Jahr ca. 30 Standard-Papierkörbe (45 Liter

Fassungsvolumen/ Preis pro Stück 230€) ausgetauscht.

Die noch vorhandenen wenigen durchlässigen Papierkörbe in der Innenstadt, die nicht an Bushaltestellen aufgestellt sind, werden durch den DBM sukzessive ausgetauscht werden.

Die mit Abstand meisten dieser Papierkörbe befinden sich an Bushaltestellen. Deshalb wird mit der Stadtwerke Marburg GmbH diskutiert werden, ob ein Austausch notwendig ist, wie dieser durchgeführt werden könnte und wie die Finanzierung realisiert werden kann.

Da Papierkörbe auch wesentlich das Stadtbild mitprägen, werden diese grundsätzlich dann ausgetauscht, wenn sie durch Vandalismus beschädigt oder aus sonstigen Gründen (z.B. Durchrostung) nicht mehr gebrauchsfähig sind. Die Anzahl der bewusst beschädigten Papierkörbe hat leider in der letzten Zeit weiter zugenommen.

Deshalb und weil viele der „Standard-Papierkörbe“ (ca. 1.000 im gesamten Stadtgebiet) bereits seit vielen Jahren aufgestellt sind, wird sich der erforderliche Bedarf an Ersatzbehältern in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Bei einer durchschnittlichen „Lebensdauer“ von 10 Jahren müssten also jährlich ca. 100 Behälter getauscht werden.

Da auch vermehrt die Forderung nach der Aufstellung der großen aber gleichzeitig deutlich teureren Behältnisse kommt, kann in Abhängigkeit von dem Behältermix von einem jährlichen Investitionsvolumen i.H.v. ca. 30.000€ - 40.000€ ausgegangen werden. Darin sind die Kosten für die Neuaufstellung noch nicht enthalten. Diese erheblichen Kosten können aus der Straßenreinigungspauschale an den DBM nicht finanziert werden.

---

**zu 4.8      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 8 4/2007)  
Vorlage: VO/1307/2007**

**Ist im Rahmen der Sanierung der Universitätsstraße vorgesehen, Überdachungen für die Bushaltestellen gegenüber dem Kaufhaus Ahrens zu schaffen und ist dieses überhaupt denkmalschutzrechtlich möglich?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zentraler Bestandteil des geplanten Umbaus der Universitätsstraße ist eine Verbreiterung des Gehweges und der Bushaltestelle vor dem Kaufhaus Ahrens auf ca. 6,00 m. Um diese Verbreiterung zu ermöglichen, soll die vor der ehemaligen Universitätsbibliothek vorhandene Bushaltestelle, die überwiegend als Haltestelle für Überlandbusse dient, in den Bereich nördlich der Gutenbergstraße vor das Schlossbergcenter verlagert werden. Dort kann die Busspur bis vor das Grundstück der ehemaligen Synagoge verlängert werden. Ob und in welcher Form in diesem Bereich Überdachungen für wartende Fahrgäste geschaffen werden können, wird im Zuge der Planung geprüft.

---

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 9 4/2007)  
Vorlage: VO/1308/2007**

**Kann veranlasst werden, dass an dem Brückengeländer in der Bunsenstraße/Robert-Koch-Str. der Wildwuchs zurück geschnitten und der angesammelte Schmutz unter dem Brückengeländer entfernt wird?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Wildwuchs an der benannten Stelle wurde zurück geschnitten und der Schmutz wurde entfernt. Gleichzeitig wurde darauf hingewirkt, dass in diesem Bereich noch regelmäßiger gesäubert werden muss und darauf geachtet werden soll, dass der Wildwuchs zeitnaher zurück geschnitten werden soll.

---

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 10 4/2007)  
Vorlage: VO/1309/2007**

**Wie lautet das Ergebnis der Brandschutzübung im Kindergarten Bauerbach aus dem Jahr 2005?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Lt. Angaben der Leiterin des Kindergartens Bauerbach wurden im Jahr 2005 sechs Brandschutzübungen erfolgreich durchgeführt.

Es ist feststellbar, dass durch die Vielzahl der Durchführungen die Sicherheit und die Disziplin im Verhalten der Kinder steigt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Lohse (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 11 4/2007)  
Vorlage: VO/1328/2007**

**Ist es richtig, dass Brandschutzübungen im Kindergarten Bauerbach nur noch eingeschränkt durchgeführt werden, d.h., ohne Nutzung der Notrutsche?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Jahr 2006 wurden im Kindergarten Bauerbach sechs angekündigte sowie unangekündigte Brandschutzübungen durchgeführt.

Diese Übungen führen die Erzieherinnen mit den Kindern durch.

Die Rutsche wird nicht genutzt, da die Nutzung für die Kinder zu schnell ist; d.h., dass die Erzieherinnen aufgrund der hohen Geschwindigkeit die Kinder kaum auffangen können.

Die Brandschutzübungen, die in Kooperation mit der Feuerwehr eingeübt wurden, nehmen knapp 5 Minuten Zeit in Anspruch.



Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Lohse (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 12 4/2007)**

**Vorlage: VO/1315/2007**

**Sind diejenigen, die als Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder in Aufsichtsräten tätig sind durch eine entsprechende Haftpflichtversicherung der Stadt abgesichert?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Eine Rückfrage bei unserem Haftpflichtversicherer (GVV) hat ergeben, dass Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder, die in Aufsichtsräten tätig sind, **nicht** über die Versicherung der Stadt Marburg versicherbar sind.

Inwieweit dennoch eine Haftpflichtversicherung greift, kann nur über die jeweiligen Unternehmen abgefragt werden, in denen städt. Mandatsträger in Aufsichtsräten tätig sind.

Eine Haftpflichtversicherung besteht z. B. im Rahmen einer Tätigkeit bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf über deren Versicherung und bei der GeWoBau.

---

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 13 4/2007)**

**Vorlage: VO/1310/2007**

**Kann der Magistrat mitteilen, was mit den wertvollen gotischen Skulpturen „St. Jakobus“ und „St. Elisabeth“, die der Stiftung St. Jakob gehören und die zurzeit in der Ausstellung „Elisabeth im Druck“ in der Universitätsbibliothek ausgestellt sind, nach der Ausstellung geschehen soll?**

Es antwortet die Stadträtin Dr. Weinbach:

Die beiden Figuren befanden sich ursprünglich am Hospital St. Jakob in Weidenhausen und stammen sehr wahrscheinlich aus neogotischer Zeit. Eventuell ist der Kern älter - aus der Zeit um 1800 - mit späterer zusätzlicher Farbfassung. Die genaue Datierung ist in der Literatur nicht benannt und müsste durch eine entsprechende Untersuchung ermittelt werden. Es handelt sich wahrscheinlich um Kopien.

Die Figuren gehören zur Geschichte der Stiftung St. Jakob und sollten auch weiterhin in diesen Zusammenhang gestellt bzw. gezeigt werden. Es wird derzeit geprüft, ob und wie die zwei Figuren nach dem Ende der Ausstellung „Elisabeth im Druck“ entsprechend konservatorisch bewahrt und geschützt an geeignetem öffentlich zugänglichen Raum, eventuell an einem der beiden Häuser der Stiftung St. Jakob, in denen sich die Einrichtungen der Marburger Altenhilfe befinden, präsentiert werden können.

---

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 14 4/2007)  
Vorlage: VO/1337/2007**

**Kann der Magistrat in seinem Zuständigkeitsbereich dazu beitragen, dass Höflichkeit und Rücksichtnahme gegenüber den in Marburg vertretenen Glaubensgemeinschaften gewahrt wird, indem auf störend-lärmende Veranstaltungen an Feiertagen verzichtet und vor allem Werbung für menschenverachtende Geschäfte (Bordell) unterlassen wird?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für den Magistrat sind Höflichkeit und Rücksichtnahme gegenüber den in Marburg vertretenen Glaubensgemeinschaften eine Selbstverständlichkeit. Die Bewertung der Motorsport-Veranstaltung im Rahmen der ordnungsrechtlichen Genehmigung nach Recht und Gesetz. Dabei wurden ausdrücklich die potenziell betroffenen Einrichtungen im Vorfeld dieser Veranstaltung informiert und befragt.

Hinsichtlich der bei solchen Veranstaltungen ggf. vorgenommenen Werbemaßnahmen von Dritten obliegt es schon aus Gründen der Seriosität der Veranstaltung an dem Veranstalter selbst, diese zu dulden oder auch zu unterbinden. Aufgrund der Vielzahl von Veranstaltungen kann es letztlich nicht Aufgabe der Stadt sein, das Verteilen von Werbebroschüren - von wem und wofür auch immer - zu kontrollieren.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz (Marburger Linke), Sell (SPD) und Pfalz (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 15 4/2007)  
Vorlage: VO/1311/2007**

**Wann wird mit dem Anbau an das Feuerwehrgerätehaus in Haddamshausen begonnen?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Haddamshausen soll Anfang Juli 2007 begonnen werden.

---

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 16 4/2007)  
Vorlage: VO/1312/2007**

**Wann ist die Bodenerneuerung in der Turnhalle Zwetschenweg geplant, und welche sportlichen Aktivitäten sind danach vorgesehen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Ausführung der Bodenerneuerungsarbeiten findet nach Rücksprache mit

Nutzern und Sportamt in der Zeit vom 18.06. bis 27.08.2007 statt.

Die sportlichen Aktivitäten, sprich: die Nutzung der Halle, werden durch den Schulsport und den TSV Ockershausen bestimmt.

---

**zu 4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 17 4/2007)**  
**Vorlage: VO/1313/2007**

**Welche Vereine wurden in den letzten fünf Jahren, mit welcher Höhe und in welcher Form durch die Stadtwerke Marburg gefördert?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ausgaben für Marketing, auch Sportmarketing/Sponsoring sind Bestandteile der Geschäftsprozesse im Vertrieb und sollten aus wettbewerblichen Gründen im Detail genauso wenig vom Unternehmen öffentlich preisgegeben werden wie andere vertriebsrelevante und damit ergebnisrelevante Geschäftszahlen. Der Magistrat sieht es in Übereinstimmung mit der Geschäftsführung der Stadtwerke nicht als sinnvoll an, Unternehmensdaten, die über das in unserem Geschäftsbericht veröffentlichte hinausgehen, öffentlich kundzutun.

Die Stadtwerke verhalten sich in dieser Angelegenheit wie z. B. die Sparkasse oder PharmaServ, die ähnliche Aktivitäten in Marburg entfalten und derartige Zahlen auch nicht veröffentlichen.

Die Stadtwerke Marburg, als lokal verankerter Dienstleister im Eigentum der Stadt, haben den Anspruch, auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens in der Stadt mit dazu beizutragen, die Lebensqualität vor Ort zu steigern. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch eine Förderung des heimischen Sports, ebenso wie der Kultur und sozialer Initiativen.

Bekanntermaßen sind die Stadtwerke Marburg der Hauptsponsor der Damen Basketball

Bundesligamannschaft des BC Pharmaserv Marburg e.V., der Blue Dolphins. Damit ermöglichen sie Sporterlebnis in Marburg auf höchstem Niveau. Absichtlich haben sie einen hochklassigen, öffentlichkeitswirksamen und rundherum positiv besetzten Schwerpunkt in der Sportförderung gewählt. Über dieses Engagement hinaus gibt es lediglich Kleinstförderungen in Einzelfällen, da die Stadtwerke sich sonst der Anfragenflut nicht erwehren könnten und in ständige Rechtfertigungsdebatten verstrickt würden.

Generell bewegen sich die jährlichen Gesamtaufwendungen für den angesprochenen Bereich im Rahmen von wenigen 10.000 Euro und damit in einem branchenüblichen Verhältnis zum Gesamtmarketingetat des Unternehmens.

Weitere Auskünfte können über den Aufsichtsrat eingeholt werden.

---

**zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Reimer Wulff (Nr. 18 4/2007)  
Vorlage: VO/1314/2007**

**Wer ist für den schleppenden Ausbau des oberen Teils der Dürerstraße (ca. 250 Meter), der sich bereits über 3 Monate hinzieht, verantwortlich?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Als Fertigstellungstermin für den Ausbau der Dürerstraße war der 13. April 2007 vorgesehen. Die kalkulierte Bauzeit war ohne etwaige Schlechtwettertage berechnet. Während des milden Winters sind 11 Ausfalltage angefallen.

Im Zuge der Bauausführung sind durch private Auftraggeber erhebliche zusätzliche Arbeiten beauftragt worden, z. B. Mauern, Einfriedigungen und Außenanlagen an bestehenden Wohnhäusern sowie umfangreiche Änderungen und Neuverlegungen von Ver- und Entsorgungsleitungen innerhalb des Taborgeländers. Für diese Leistungen sind 16 Arbeitstage anzurechnen.

Der endgültige Fertigstellungstermin ist nunmehr auf den 25. Mai 2007 festgelegt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 19 4/2007)  
Vorlage: VO/1316/2007**

**Wie viele Personen bzw. Familien wurden in den letzten drei Jahren in Marburg obdachlos und in welche Unterkünfte wurden sie eingewiesen?**

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Im Bereich der Stadt Marburg wurden in den Jahren 2004 - 2006 wie folgt Personen bzw. Familien obdachlos:

2004 - 25 Einzelpersonen, keine Familien

2005 - 24 Einzelpersonen, 5 Familien

2006 - 21 Einzelpersonen, 1 Familie.

Die Personen bzw. Familien wurden in den dafür angemieteten Obdachlosenunterkünften Ginseldorfer Weg untergebracht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

**zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 20 4/2007)  
Vorlage: VO/1317/2007**

**Wie viele Sorgeberechtigte haben in den letzten drei Jahren beim Jugendamt der Stadt Marburg bzw. beim Familiengericht Beratung und Hilfe bei der Unterstützung des Umgangs erbeten bzw. beantragt?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den Jahren 2004 bis 2006 haben insgesamt **242** Sorgeberechtigte beim hiesigen Jugendamt um Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangs nachgesucht. Hiervon sind **96** Sorgeberechtigte anlässlich eines Verfahrens beim Familiengericht im Rahmen der Mitwirkung gem. § 50 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) beraten worden und **146** Sorgeberechtigte haben ohne Beteiligung des Familiengerichts Beratung gem. §§ 17, 18 SGB VIII erhalten. Bei den letztgenannten Beratungssuchenden ist erfasst worden, wer die Initiative ergriffen hat, bzw. wer den Erstkontakt zum hiesigen Jugendamt hergestellt hat. Hierbei sich Väter wie Mütter gleichermaßen vertreten.

---

**zu 4.21** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 21 4/2007)**  
**Vorlage: VO/1318/2007**

**In der Antwort auf die Kl. Anfrage von H. Gottschlich zum Sex-Etablissement in Marbach heißt es, ein ordnungsrechtliches Einschreiten sei nur dann möglich, wenn ein gesicherter Nachweis vorliegt, dass sich Frauen in dem Massagesalon prostituieren.**

**Welche Nachweise braucht es hier noch, nachdem das Etablissement auf den einschlägigen Seiten in der OP mit käuflichen sexuellen Dienstleistungen wirbt (Erotikmassage, body-to-body Massage) oder wie definiert der Magistrat den Unterschied zwischen Prostitution und solchen Sexleistungen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wir bitten um Entschuldigung, aber die Frage kann nur mit eindeutiger Wortwahl beantwortet werden.

Prostitution ist definiert als die Vornahme sexueller Handlungen gegen Entgelt. In wie weit eine Erotik-Massage grundsätzlich als Vornahme sexueller Handlungen einzustufen ist, liegt im Auge des Betrachters.

Vordergründig ist nach den bisherigen Ermittlungen bei der Tätigkeit dieses Massagesalons jedoch nicht die sexuelle Stimulation der Kunden. Sexuelle Stimulation wird nach vorliegenden Erkenntnissen der Polizei nicht praktiziert.

Die polizeilichen Ermittlungen sind jedoch - wie wir bereits mitgeteilt haben - noch nicht abgeschlossen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.22** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 22 4/2007)**  
**Vorlage: VO/1338/2007**

**Wann wird der Oberbürgermeister als Leiter der Straßenverkehrsbehörde**

**den von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in 99 auf Antrag der Fraktion PDS/Marburger Linke beschlossene Sperrung der Barfüßerstraße (und Marktgasse) für den PKW-Verkehr an Samstagen endlich umsetzen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Intensive Kontrollen der Ordnungspolizei während der vergangenen Monate haben zu einer erheblichen Reduzierung der Fahrzeuge geführt. Aufgrund dieses positiven Ergebnisses wird die Ordnungspolizei auch zukünftig in regelmäßigen Abständen kontrollieren.

Mit dem Hinweis auf eine mögliche Sperrung werden die Inhaber/-innen von Oberstadtplaketten schriftlich aufgefordert, die Fahrten an Samstagen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

Eine Sperrung der Barfüßer Straße und der Marktgasse an Samstagen ist vorab nicht vorgesehen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**Um 18:55 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.**

---

**zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 23 4/2007)  
Vorlage: VO/1339/2007**

**Wann wird der OB in der gleichen Funktion die dem Fragesteller gegenüber kürzlich mündlich in Aussicht gestellte baldige Realisierung des vor 4 Jahren von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnten Antrags der Fraktion PDS/Marburger Linke auf Einrichtung eines Zebrastreifens auf der Höhe des Schwarzen Wassers zwischen Uferstraße und Firmaneistraße in die Wege leiten?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nach der Reduzierung der Fahrstreifen in der Biegenstraße ist eine weitere verkehrsberuhigende und verkehrslenkende Veränderung in der Nordstadt gedacht.

Die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs zwischen Uferstraße und Firmaneistraße ist abhängig von der geplanten Umgestaltung der Bunsenstraße und der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Eine kurzfristige Realisierung der Einrichtung eines Zebrastreifens scheitert bereits daran, dass dies lediglich an Stellen möglich ist, wo nur ein Fahrstreifen je Fahrtrichtung überquert werden muss.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Metz (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.24 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhard Weber-Hofmann (Nr. 24 4/2007)  
Vorlage: VO/1329/2007**

**Wie viele Gelenkbusse der Stadtwerke (in % und in absoluten Zahlen) haben zusätzlich zu der obligatorischen sitzplatzfreien Fläche im vorderen Bereich, die insbesondere von Rollstuhlfahrern und Eltern mit Kinderwagen in Anspruch genommen wird, eine weitere solche Fläche im hinteren Bereich und sind diese eben beschriebenen Gelenkbusse teurer oder günstiger als „normale“ Gelenkbusse?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Stadtwerke Marburg GmbH verfügen über insgesamt 31 Gelenkbusse. 28 (= 90%) der Gelenkbusse verfügen im Bereich der Tür II über eine automatische oder eine manuelle Auffahrrampe.

10%) Gelenkbusse der neueren Generation, in 2005 erworben, verfügen auch im hinteren Teil an Tür III über ein größeres Stehperron, welches ohne Stufen erreichbar

ist. Bei weiteren 14 (= 45%) Gelenkbussen steht ebenfalls ein größeres Stehperron zur Verfügung, allerdings ist der Zugang bei diesen Fahrzeugen wegen zweier Treppenstufen für Rollstuhlfahrer nicht und für Kinderwagen nur eingeschränkt möglich.

Es steht jedem Verkehrsunternehmen frei, Gelenkfahrzeuge mit einer zweiten Auffahrrampe und einem größeren Stehperron für den Bereich der Tür III bei den Neubestellungen zu bestellen. Nach Rücksprache mit Evobus (Daimler Chrysler) wurden bisher nur von Berlin Fahrzeuge mit zwei Auffahrrampen bestellt. Allerdings befindet sich die zusätzliche Rampe dort im Bereich der Tür I. Eine zusätzliche Auffahrrampe im hinteren Bereich eines ausreichend bemessenen und behindertengerechten Stehperrons schlägt mit ca. 3.000 Euro bei der Neubestellung eines Gelenkbusses nieder.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

**zu 4.25 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 25 4/2007)  
Vorlage: VO/1319/2007**

**In welchem direkten finanziellen Umfang beauftragt die Stadt einheimische Künstler/innen bei der Neugestaltung von Straßen, Plätzen, Gebäuden etc.?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei der Neugestaltung von Straßen, Plätzen, Gebäuden etc. kommt es eher selten vor, dass neben Architekten und Ingenieuren noch Künstler beauftragt werden. Als Beispiel kann der Wettbewerb "Spiel- und Aufenthaltsorte in der Oberstadt" genannt werden. Bei diesem Wettbewerb gewann ein Planungsteam bestehend aus einer einheimischen Architektin und einer Künstlerin aus Grebenstein. Vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren permanent vorliegenden angespannten Haushaltssituation wurden die Mittel, die im Rahmen der Bauunterhaltung im Hoch- und Tiefbau zur Verfügung stehen, vorwiegend für die technisch dringend erforderlichen Maßnahmen verwendet.

---

**zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 26 4/2007)  
Vorlage: VO/1320/2007**

**Werden Leichtathletikanlagen, wie z. B. auf dem Sportgelände des TSV Marbach, nach Absprache mit den Nutzern ( Schulen, Sportvereine ) in einem technisch einwandfreien Stand gehalten, oder sollen Leichtathletikveranstaltungen zukünftig zentral ausgetragen werden?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden die leichtathletischen Anlagen auch weiterhin in einem technisch einwandfreien Stand gehalten.

Nach Rücksprache mit dem zuständig zeichnenden Fachdienst 40 (Schule) wurde die Marbacher Leichtathletikanlage in den Osterferien für den Schulsport entsprechend hergerichtet. Dies wurde auch der Schulleitung, Frau Stauber, telefonisch mitgeteilt.

Dass Leichtathletikveranstaltungen zukünftig zentral ausgetragen werden sollen, ist dem Fachdienst 42 / Sport nicht bekannt.

---

**zu 5 Marburger Ortsrecht  
Hier: I. Nachtrag zur Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der  
Universitätsstadt Marburg  
Vorlage: VO/1219/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der beigefügte I. Nachtrag zur Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**

---

**zu 6 Verbesserung und Modernisierung des Bahnhofs Marburg  
Vorlage: VO/1263/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Die Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Lohse (CDU), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Sell (SPD) und Dr. Wulff (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.



Der Stadtverordnete Köster (Marburger Linke) hat im Rahmen seines Redebeitrages auch eine persönliche Erklärung zu seinem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung mit Ablauf des Monats abgegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit dem Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und MBL, bei Enthaltung der CDU, FDP und der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Bau- und Finanzierungsvertrag über die Verbesserung der Nahverkehrsinfrastruktur durch den barrierefreien Ausbau des Bahnhofes Marburg (Lahn) zu und beauftragt den Magistrat, den Vertrag mit den Vertragspartnern abzuschließen.**

---

**zu 7 Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 5/24, 3. Änderung,  
Gisselberger Straße, VfB-Grundstück, der Stadt Marburg  
Vorlage: VO/1198/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5/24, 3. Änderung, Gisselberger Straße, VfB-Grundstück, gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

---

**zu 8 Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau  
hier: 91.000 € für das Solarstromprojekt  
Vorlage: VO/1273/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Abs. 2 i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 91.000 €.**

**Die Bürgschaft dient zur Sicherung der Einlagen der Privatanleger im Photovoltaik-Projekt 2006.**

**Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.**

**Die Bürgerschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.**

---

**zu 9 Dringlichkeitsanträge**

---

**zu 10 Anträge der Fraktionen**

---

**zu 10.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Jugendkulturcard  
Vorlage: VO/1074/2007**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss, im Sozialausschuss und im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Die Vorlage wurde zurückgestellt bis das Marburger Kulturforum ein Votum abgegeben hat.

**Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück, bis zur Mai-Sitzung.**

---

**zu 10.2 Antrag der MBL-Fraktion betr. Zusammenfassung musealer Einrichtungen der Philipps-Universität Marburg zu einem Kulturzentrum Nordstadt  
Vorlage: VO/1107/2007**

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden, sie wurde zurückgestellt bis das Kulturforum sein Votum dazu abgegeben hat.

**Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.**

---

**zu 10.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Ferienbetreuung  
Vorlage: VO/1132/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Antrag wurde im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

1. Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, Gespräche mit der Frauenbeauftragten sowie dem Personalrat der Philipps-Universität zu führen, ob Bedarf an einer gemeinsamen Ferienbetreuung für Kinder von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie von Studierenden der Universität besteht.
2. Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Stadtverordnetensitzung zu berichten, was die Gespräche ergeben haben und wie die

Zusammenarbeit konkret aussehen könnte.

3. Der Magistrat wird gebeten, diesbezüglich auch Gespräche mit dem Kreis aufzunehmen, um zu einer Zusammenarbeit zwischen Stadt, Kreis und Land zu kommen.

Der so geänderte Antrag wurde im Sozialausschuss doch mehrheitlich abgelehnt. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schaffner (CDU), Severin (SPD), Sawalies (FDP), Gottschlich (CDU) und Brahms (SPD). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

**zu 10.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Essensausgabe der Emil-von-Behring Schule  
Vorlage: VO/1133/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

1. An der Emil-von-Behring-Schule soll ein Raum für die Essensausgabe eingerichtet werden.
2. Falls die Haushaltsmittel in der jetzigen Situation für das Projekt nicht ausreichen, wird der Magistrat beauftragt, in Absprache mit der Schulleitung Planungen vorzunehmen, damit bei einer sich entspannenden Haushaltsslage sofort mit dem Bau begonnen werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme des Antrages.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnerbier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der geänderten Fassung des Antrages, so dass die Ausschussvoten von Bau- und Planungsausschuss und Schul- und Kulturausschuss übereinstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **An der Emil-von-Behring-Schule soll ein Raum für die Essensausgabe eingerichtet werden.**
2. **Falls die Haushaltsmittel in der jetzigen Situation für das Projekt nicht ausreichen, wird der Magistrat beauftragt, in Absprache mit der Schulleitung Planungen vorzunehmen, damit bei einer sich**

**entspannenden Haushaltslage sofort mit dem Bau begonnen werden kann.**

---

**zu 10.5 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Otto-Ubbelohde-Schule  
Vorlage: VO/1199/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Antragsformulierung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Sell (SPD), Jannasch (CDU), Sawalies (FDP), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Becker (SPD) und Oppermann (CDU). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Nein-Stimmen der CDU und Enthaltungen der Marburger Linken und der MBL folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert:**

- 1. der Otto-Ubbelohde-Schule die für das Betreuungs- und Ganztagsangebot notwendigen Räume schnellstmöglich, möglichst zum Schuljahresbeginn 2007/08, übergangsweise in der Universitätsstraße 4 zur Verfügung zu stellen.**
- 2. eine dauerhafte Perspektive für die notwendigen Räumlichkeiten zu entwickeln.**
- 3. einen Aufstellungsbeschluss für das Fronhofgelände vorzubereiten und dabei allen neuen Entwicklungen im Bereich zwischen der Schulstraße und der Universitätsstraße einzubeziehen.**

---

**zu 10.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bundeshauptstadt im Naturschutz  
Vorlage: VO/1201/2007**

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Antragstext ist im Umweltausschuss von den Antragstellern auf folgende Fassung abgeändert worden:

"Das Stadtparlament begrüßt die bereits erfolgte Umsetzung des Antrages der Marburger Linken, dass der Magistrat sich an dem laufenden Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe "Bundeshauptstadt im Naturschutz" beteiligt."

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Das Stadtparlament begrüßt die bereits erfolgte Umsetzung des Antrages der Marburger Linken, dass der Magistrat sich an dem laufenden Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe "Bundeshauptstadt im Naturschutz" beteiligt.**

---

**zu 10.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Kultur-Karte  
Vorlage: VO/1203/2007**

Die Vorlage ist vom Schul- und Kulturausschuss zurückgestellt worden bis das Kulturforum sein Votum abgegeben hat.

**Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.**

---

**zu 10.8 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Kombiticket Kultur - ÖPNV  
Vorlage: VO/1204/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordneten Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der CDU und bei Enthaltung der MBL und der FDP folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Kostenaspekts, gemeinsam mit den Stadtwerken beim RMV zu erreichen, dass die Besucher von Kultur- und Sportveranstaltungen in Marburg mit ihrer Eintrittskarte das Recht auf kostenlosen Hin- und Rücktransport erhalten, wie dies in anderen hessischen Städten bereits seit Jahren möglich ist.**

---

**zu 10.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Außendarstellung der Stadt  
Vorlage: VO/1211/2007**

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und von der Antrag stellenden CDU-Fraktion zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

**zu 10.10 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Kulturpfad  
Vorlage: VO/1235/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, in Analogie zum Planetenpfad die Einrichtung eines „Kulturpfades“ zu prüfen, der entlang der Lahn auf interessante natur-, kultur- und heimatgeschichtliche Bereiche hinweist. Er soll sich bei der Finanzierung des Vorhabens um Sponsoren bemühen.**

---

**zu 10.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Städtebaulicher Wettbewerb  
Vorlage: VO/1259/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antragstext wurde im Bau- und Planungsausschuss von der Antrag stellenden Fraktion auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Philipps-Universität einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen, nachdem die Grundsatzentscheidung der Hessischen Landesregierung für die Bildung eines Campus "Firmani" unter Einbeziehung der ehemaligen Klinikbauten sowie eine Konzentration der Naturwissenschaften auf den Lahnbergen gefallen ist.

Anschließend stellte die Stadtverordnete Sell den Antrag, die Vorlage für erledigt zu erklären.

Der Bauausschuss ist diesem Antrag mehrheitlich gefolgt und hat den Antrag für erledigt erklärt. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage für erledigt erklärt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Lohse (CDU), Sell (SPD), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP). Für den Magistrat Oberbürgermeister Vaupel, so dann die Stadtverordneten Oppermann (CDU) und der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) und erneut für den Magistrat der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, gegen die Stimmen der CDU, MBL und der Marburger Linken:

**Der Antrag wird für erledigt erklärt.**

**Während der Aussprache hat von 21:25 Uhr bis 21:40 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzung geleitet.**

---

**zu 10.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Nutzungskonzept Turnergarten  
Vorlage: VO/1266/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Die Stadtverordneten Schwebel hat im Bau- und Planungsausschuss den Antrag gestellt, den Beschlusstext des Antrages wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird aufgefordert, dass vom Oberbürgermeister vorgelegt vorläufige Nutzungskonzept Turnergarten dahingehend zu überprüfen, dass dieser sich mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln trägt.

Dieser Änderungsantrag wurde vom Bauausschuss mehrheitlich abgelehnt. Danach wurde im Ausschuss über die ursprüngliche Fassung des Antrages abgestimmt. Auch diese Antragsfassung wurde vom Bau- und Planungsausschuss abgelehnt.

Aussprache wurde beantragt.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat über die von der Stadtverordneten Schwebel geänderte Antragsfassung abgestimmt und den Beschluss zur Ablehnung empfohlen. Auch die ursprüngliche Antragsfassung wurde vom Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Pfalz (CDU), Wölk (SPD), Metz (Marburger Linke), Dr. Wulff (CDU), Schwebe (FDP), Oberbürgermeister Vaupel, Stompfe (CDU), Becker (SPD), Bürgermeister Dr. Kahle, Heck (CDU) und erneut Oberbürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

---

**zu 10.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Errichtung einer Biogasanlage  
Vorlage: VO/1278/2007**

**Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Umweltausschuss zur Beratung.**

---

**zu 10.14 Antrag der MBL-Fraktion betr. Motorradrennen im Kaufpark Wehrda am 8. und 9. April 2007  
Vorlage: VO/1279/2007**

**Der Antrag wurde vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt bis zur**

**Mai-Sitzung.**

---

- zu 10.15 Antrag der MBL-Fraktion betr. MTV Campus Invasion, Veranstaltung am 16. Juni 2007 im Uni-Stadion  
Vorlage: VO/1280/2007**

**Die Vorlage wurde vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt bis zur Mai-Sitzung.**

---

- zu 10.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neueinrichtung von Moscheen und Islamischen Kulturzentren  
Vorlage: VO/1289/2007**

Der Antrag wurde vom Haupt- und Finanzausschuss an den Schul- und Kulturausschuss zur Beratung überwiesen.

**Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.**

---

- zu 11 Kennntnisnahmen**
- 

- zu 11.1 Genehmigung des Haushaltes 2007  
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen  
Vorlage: VO/1210/2007**

**Die Vorlage wird vertagt bis zur Mai-Sitzung.**

---

- zu 11.2 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007  
hier: 02.5600001/944000 'Umbau und Sanierung Tribünengebäude Georg-Gaßmann-Stadion'  
Vorlage: VO/1267/2007**

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

---

- zu 11.3 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.03.2007  
Vorlage: VO/1268/2007**

**Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**



---

**zu 11.4 Sonderprojekt Bauunterhaltung 2007**  
**Vorlage: VO/1270/2007**

**Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur Mai-Sitzung.**

---

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher dankt den ausscheidenden Stadtverordneten Darabos und Köster (Marburger Linke) für die Zusammenarbeit in der zurückliegenden Zeit und wünscht für die Zukunft weiterhin alles Gute.

Die Sitzung wird um 23:30 Uhr geschlossen.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Becker  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

Stompfe  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

**Anlage**  
Dringlichkeitsantrag